Vergangenheit gegründet, die sich aber noch in den Anfangsstadien befindet, wo wir politische, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Hintergründe genauer erfassen wollen, die die Voraussetzung für die Lebensschicksale der Betroffenen gewesen sind.

Offene Probleme für die Bewältigung der Vergangenheit, ich möchte vier nennen. Probleme, die sich eigentlich mit der Situation unseres vereinigten Deutschlands befassen.

Das erste, wir stellen die Schwierigkeit der Westdeutschen fest, die Lebenssituation der Ostdeutschen in ihrer ganzen Tragik wirklich nachzuvollziehen und zu erfassen.

Das zweite Problem, wir stellen bedauerlicherweise eine mangelnde Bereitschaft fest, die berechtigten Forderungen der Betroffenen anzuerkennen und ihnen auch in Form von Gesetzen zu entsprechen. Das Hick-Hack der finanziellen Entschädigung für die strafrechtlich Verfolgten der letzten Monate hat in uns einiges Unbehagen ausgelöst und ist für uns eigentlich ein Signal mangelnder Sensibilität.

Drittens, die unterschiedliche Beurteilung, welchen politischen Stellenwert die Rehabilitierung der Betroffenen für den inneren Frieden und das Aufeinanderzugehen der Ost- und der Westdeutschen de facto hat.

Und viertens, die Erfahrung vieler Betroffenen, daß die Urheber ihres Leides entweder ohne Strafe davonkommen bzw. schon wieder in neuen Schlüsselpositionen sind, vor allem im Bereich der Wirtschaft.

Aus diesen vier Problemlagen heraus möchte ich an Sie, werte Abgeordnete, eine Frage stellen. Wie wollen und werden Sie mit den Hoffnungen all derer umgehen, die mit großen Erwartungen den Weg in das gemeinsame Deutschland mitgegangen sind? Für diese Menschen wird der Rechtsstaat, der vielgepriesene, nur dann Akzeptanz finden, wenn er imstande ist und bereit, diese Menschen zu rehabilitieren und angemessen zu entschädigen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bin gespannt, wie schwierig die jetzige Einheit werden wird, und zwar geht es jetzt darum, daß die Sachverständigen und Abgeordneten der Enquete-Kommission Fragen stellen können an die sieben Initiativen, die sich bis jetzt vorgestellt haben. Man kann bloß dankbar sein, wenn man feststellt, mit wieviel Einsatz und Phantasie hier an einem Thema gearbeitet wird, das uns allen wichtig erscheint. Von daher Ihnen einen ganz herzlichen Dank.

Jetzt also, wie gesagt, die Möglichkeit für Abgeordnete und Sachverständige. Wenn ich herzlich darum bitten darf, keine Grundsatzstatements, sondern Fragen. Reinhard von Schorlemer als erster.

Abg. Frhr. von Schorlemer (CDU/CSU): Ich habe eine kurze Frage an den Vertreter von Bürgerkomitee Leipzig – Museum in der Runden Ecke. Sie haben in Ihrem Bericht davon gesprochen, daß sich in Ihrem Besitz auch Akten der

Auslandsaufklärung befinden, die ja zentral in Berlin damals noch von der Regierung Modrow ganz bewußt vernichtet worden sind. Wie umfangreich ist dieses Konvolut, bezieht sich das nur auf Akten aus dem Bezirk Leipzig oder auch darüber hinaus?

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Zunächst nur eine kleine Korrektur und eine Anregung. Die Korrektur bezieht sich, wenn ich das so sagen darf, auf die erste Gruppe Archiv Bürgerbewegung. Sie hatten die Anmerkung gemacht, daß vor allem ausländische Kollegen, Historiker, bei Ihnen einfallen. Sie vermissen die Deutschen, ich gebe das einmal ein bißchen zurück. Das Problem liegt natürlich daran, daß die Öffentlichkeit für diese Gruppen offensichtlich noch zu wenig hergestellt ist, insofern begrüße ich diese Runde außerordentlich. Ich spreche jetzt einmal als Historiker und möchte als Anregung eigentlich an unseren Chef sozusagen geben, wir müssen wohl diese Runde hier und darüber hinaus die Gruppen, die anderswo noch existieren, versuchen zu dokumentieren und an die Forschung heranzubringen. Also jedenfalls von Bonn aus kann ich schon ankündigen, daß sich meine Arbeitsgruppe mit Ihnen in Kürze in Verbindung setzen wird.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe zwei Fragen. Es haben einige der Gruppen ja auf ihre Archivalien, Dokumente usw. verwiesen. Meine Frage ist: Wieweit sind diese zugänglich aufgearbeitet, gibt es am Ende gar schon Findbücher? Es wird auch über Forschungen gesprochen, und da komme ich zur zweiten Frage. Etwa bei der Normannenstraße wurde gesagt, daß man nach der Stasi forscht. Wieweit gibt es da schon Kontakte, Abreden mit der neuen Forschungsstelle bei der Gauck-Behörde? Also auch die übrigen, wenn Sie forschen: Mit wem haben Sie da Kontakte und Verbindungen? D.h. dann auch natürlich bei den Archivaren: Haben Sie sich mit Archivaren schon einmal zusammengesetzt um zu erörtern, wie das Ganze dann auch tatsächlich gesichert werden kann und über eine längere Zeit hinaus, oder ist das einfach noch nicht geschehen?

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine Frage an die Vertreter des Bürgerkomitees Leipzig und erweitere sozusagen die Frage, die Herr von Schorlemer schon aufgegriffen hat. Sie erwähnten ja in Ihren Ausführungen, daß es eine Aktenvernichtung gegeben habe auf Weisung des damaligen Innenministers Peter-Michael Diestel. Eine Frage an Sie: Gibt es darüber einen dokumentarischen Beleg? Zweite Frage an das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau, Frau Oleschinski: Wie erklären Sie sich, daß in der Zeit der DDR die historische Erforschung der Militärstrafanstalt Torgau behindert wurde?

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Es gibt ja nicht nur eine Bringschuld, es gibt ja auch eine Holschuld. Ich will im Nachklang zu den Kollegen Fischer und Weber Sie alle fragen, wie die neuen Hochschulen, die aus den alten DDR-Hochschulen entstehen, wie sich Zeitgeschichtler, Soziologen

und Politikwissenschaftler auf das Material „stürzen“, das Sie in Ihren Archiven gesammelt haben. Wird dieser ganze Bereich in die notwendige regionalgeschichtliche Aufarbeitung dieser Vorgänge?

Abg. Frau von Renesse (SPD): Auch eine Frage an Frau Oleschinski im Nachgang zu dem, was Herr Fricke schon gefragt hat. Auf welche Weise erfolgte die Behinderung der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte Torgaus, und gibt es darüber Belege, die man auch dann aufarbeiten könnte?

Und eine Frage an den Vertreter der EKD. Gibt es Möglichkeiten für die Wissenschaft, an die Archive der Kirche heranzukommen?

Abg. Hilsberg (SPD): Ich möchte hier zunächst festhalten, daß ich sehr dankbar über die Anregung bin von dem Kollegen aus dem Historischen Dokumentationszentrum Magdeburg in bezug auf den Kontakt zu den Schulen. Ich glaube auch, daß es sehr wichtig wäre, diese Thematik mit in die politische Bildung aufzunehmen, die jetzt in der Weiterbildung läuft. Ich habe eine Frage an den Oberkirchenrat Heidingsfeld im Zusammenhang mit dem schwierigen Problem MfS-Kirche. Auch ich würde mir wünschen, man würde mehr über die politischen Hintergründe sprechen, über die politische Zielrichtung des eigentlichen politischen Konflikts zwischen der SED und der Kirche. Insofern noch einmal im Nachgang zu dem Vertreter von dem Bürgerkomitee Leipzig, der das ja ähnlich sieht. Andererseits habe ich mich immer gefragt, warum verfällt die Kirche in den Irrtum, daß diejenigen, die innerhalb der Kirche quasi fürs MfS gearbeitet haben, nun nach der Wende mehr Verantwortung zeigen würden, als sie vor der Wende gehabt haben? Und zum zweiten, wäre es nicht doch sehr wichtig angesichts der schweren und der drängenden Thematik des MfS, sich dieses Problems innerhalb der Kirche offensiver, als bisher geschehen, anzunehmen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte noch drei Fragen zulassen und dann erst einmal eine Möglichkeit zum Antworten geben. Herr Hansen, Herr Poppe, Herr Meckel. Herr Hansen, bitte.

Abg. Hansen (F.D.P.): Frage an die Sprecher aus Torgau und Magdeburg, weil die beiden ganz ausdrücklich davon gesprochen haben, daß es hier auch um zwei Vergangenheiten geht. Wie ist die Resonanz bei Ihnen jeweils vor Ort auf diese Aufgabenstellung, zwei Vergangenheiten hintereinander, nebeneinander in Unterschieden, Vergleichbarkeiten, wie auch immer, zu bearbeiten, überhaupt, und wie fallen die Diskussionen bei Ihnen in den Arbeitskreisen selber oder eben mit interessierten Besuchern oder sonstiger Umgebung aus? Gibt es dort schon „verwertbare“ Erkenntnisse hinsichtlich dieser Fragestellung?

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Einige der Vortragenden haben berichtet über ihre Schwierigkeiten z. B. finanzieller Art, ich würde das auch von denen, die nichts dazu gesagt haben, gerne noch einmal hören, damit auch klar ist, welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Unterstützung

sie sehen, denn schließlich gibt es sehr wenige, die Möglichkeiten haben wie z. B. die evangelische Kirche, die ja auf solche Unterstützung nicht angewiesen ist. Des weiteren würde ich auch bei denen, die noch nichts über Öffentlichkeitsarbeit gesagt haben, dazu noch ein paar Äußerungen hören. Insbesondere auch über die Zusammenarbeit der verschiedenen Initiativen. Wenn ich jetzt zuhöre, dann sehe ich doch, daß es sehr viele Themen gibt, die sich überschneiden. Inwieweit gibt es jetzt bereits eine Zusammenarbeit, wo man dann also auch die jeweiligen Dokumente oder die entsprechenden Resümees der Arbeit austauschen kann?

Von Herrn Heidingsfeld würde ich gern noch wissen, wie es denn aussieht mit den Archiven. Sie haben vorhin so eine optimistische Ausschau gegeben, daß es vielleicht doch nicht so schwierig ist, diese Archive kennenzulernen; bisher habe ich aus den Medien immer gänzlich andere Informationen erhalten. Ich würde an Sie z. B. einmal die Frage richten: Ist es denn gegenwärtig möglich oder unter welchen Bedingungen ist es möglich, z. B. etwas zu erfahren über die Rolle, die Manfred Stolpe oder Bischof Forck 1988 im Januar, Februar in Berlin gespielt haben bei den Verhandlungen mit den staatlichen Stellen über die zeitweise Abschiebung von Mitgliedern der Bürgerbewegung oder Initiative Frieden und Menschenrechte. Welche Chancen sehen Sie, daß nun auch einmal aus Ihren Archiven zu diesen Vorgängen gegengelesen werden kann? Bis jetzt kennen wir eben dazu Stasiakten, oder wir kennen das, was täglich in den Zeitungen steht, und was so bruchstückweise auf uns zukommt.

Abg. Meckel (SPD): Das schließt sich unmittelbar an die letzten Redner an. Die Frage der Akten der EKD und ihrer Zugänglichkeit ist schon angesprochen worden, es betrifft ganz konkret auch die Enquete-Kommission selbst. Wir werden zum Ende des nächsten Jahres das Thema „Kirche in der DDR“ behandeln. Wir haben eine Arbeitsgruppe, und da wäre natürlich wichtig, daß die an die jeweiligen Akten herankommt. Ist dies möglich bzw. wie ist der Gang der Dinge dafür? Die erweiterte Frage brauche ich nicht zu stellen, die ist schon gestellt worden.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Themenkomplexe, die von Ihnen jetzt zentral behandelt werden sollen, also einmal die Verfassungsdiskussion und dann später die Auseinandersetzung um die Formel „Schwerter zu Pflugscharen“ Anfang der 80er Jahre. Ich möchte fragen, ob es nicht sinnvoll und möglich ist, einen weiteren Punkt näher zu untersuchen, und zwar die Vorgänge von 78. Wir hatten am 6. März 1978 das Gespräch, das bekannt ist, zwischen Honecker und Schönherr und wenige Wochen später die Auseinandersetzung um den sogenannten Wehrkundeunterricht. Ich denke, daß dies ein ganz zentraler Punkt ist. Die Kirchenpolitik der 80er Jahre ist davon sehr grundsätzlich berührt. Ich glaube deshalb, daß diese Untersuchung der Monate im Vormärz 1978 wie auch bis zum Ende des

Jahres 1978 eine große Bedeutung hätte. Ich möchte Ihnen sehr empfehlen, diese Untersuchung im Rahmen einer solchen Dokumentation vorzunehmen. An die verschiedenen Gruppen die Bitte – da es vielleicht nicht sinnvoll ist, das hier zu machen, zumal dies ja auch oft nicht so unmittelbar aus der Hand gemacht werden kann –: Es wäre gut, wenn Sie uns einmal Ihre Arbeit und ihre Finanzierung darstellen könnten. Sie sollen uns das dann auch schriftlich zuleiten. Wir müssen dann prüfen, wo trotz der angespannten Haushaltslage es Möglichkeiten für die Uterstützung gibt.Denn ich denke, dies ist nicht nur eine kommunale oder eine Verantwortung der östlichen Länder, sondern auch eben eine gesamtdeutsche.

Letzter Punkt, es ist schon die Frage der Findbücher über Aktenbeständegestellt worden. Grundsätzliche Bitte und Aufforderung: Überall da, wo eine genauere Bestandsaufnahme vorhanden ist, wäre es sinnvoll, sie uns zuzuleiten, damit sie dann von uns aus sowohl selbst genutzt als auch weitergeleitet werden kann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte, die gezielten Rückfragen genauso kurz zu beantworten, wie sie gestellt wurden. Also jetzt, wenn irgendmöglich, nur Antworten auf Verstehens-, Verständnis- oder Sachfragen.

Bürgerkomitee Leipzig – Museum in der Runden Ecke –: Die Anfrage zu den Unterlagen der Abteilung 15, diese Unterlagen liegen nicht bei uns, sondern in der Gauck-Behörde. Zweitens, wir waren damals noch in die Verantwortung eingeschlossen und haben uns geweigert, auf eine Anweisung, die auch Herr Diestel erteilt hat, diese Unterlagen nach Berlin zu geben; das können wir in der Ausstellung belegen. Ich lade Sie noch einmal herzlich ein, daß wir an diesem Dokument nicht vorbeigehen werden. Zur Frage finanzielle Schwierigkeiten nur soviel: Wenn uns abverlangt wird, Miete zu bezahlen, dann machen wir noch einmal einen Quieckser, und dann ist unsere Ausstellung zu Ende. So ist unsere finanzielle Situation. Allerdings nicht als Bürgerkomitee noch kurz eine Äußerung, was die Universitäten tun, weil ich das aus beiden Richtungen kenne, ich arbeite an der Universität Leipzig: Ich habe erst ganz wenige Rückfragen aus der Universität bekommen. Anläßlich einer Tagung hat uns das Herder-Institut besucht, aber eine kontinuierliche geschichtliche Aufarbeitung hat bis jetzt nicht stattgefunden, konnte nicht stattfinden, weil die Universität so mit sich beschäftigt ist, daß gerade im Bereich Geschichte alles in Bewegung ist.

Evangelische Kirche in Deutschland, Oberkirchenrat Heidingsfeld: Ich möchte kurz auf zwei Komplexe eingehen. Erster Komplex, weil es mehrfach angefragt worden ist, das Archivgut. Ich beziehe mich jetzt auf die EKD im engeren Sinne, also ich spreche nicht von den Landeskirchen, die ja eigene Regelungen haben. Ich habe Herrn Dr. Lehmberg ein Exemplar der Ordnung für das EKD-Archivgut gegeben, da können Sie die Einzelheiten der Benutzung dieses Archivmaterials ersehen, es steht amtlichen wie nichtamt-

lichen Zwecken zur Verfügung, natürlich wie jedes Archiv mit bestimmten Einschränkungen, die sich z. B. auf Personalakten beziehen. Das ist aber keine Besonderheit etwa der Archivgutordnung der EKD, sondern eine solche Einschränkung finden Sie in allen Archivordnungen bei uns in Deutschland. Es wird auch zur Zeit dieses Archivgut bereits etwa von Journalisten, aber auch zu Forschungszwecken von Universitätsangehörigen genutzt. Ich möchte eine Klammerbemerkung machen, mit einem gewissen Vorbehalt. Die EKD hat ja die Rechtsnachfolge des Kirchenbundes angetreten, d. h. sie verfügt auch über das Archivmaterial, das dem Kirchenbund gehört. Ich warne vor übertriebenen Erwartungen an die Fülle und Intensität der Akten. Ich habe das in den vergangenen Wochen einmal unter bestimmten Aspekten durchgesehen, da ist vieles nicht bei den Akten, und zwar nicht einmal Material, von dem man es verstehen könnte, sondern auch Material, das man sozusagen ganz ungefährlich hätte zu den Akten geben können, aber das beruht auf ganz unterschiedlichen Gründen. Der Vorsitzende residierte in Greifswald, und das Büro war in Berlin, vieles blieb in Greifswald und kam dann nicht nach Berlin. Ich warne hier vor gewissen überzogenen Hoffnungen und Erwartungen.

Das Zweite, worauf ich kurz eingehen möchte, ist, ich stimme Ihnen zu, die Dinge sind offensiver anzugehen. Da haben wir in der Tat manches in der Vergangenheit versäumt. Ich will nur hinzufügen, ich habe nicht erwähnt, daß es ja auch das breite Spektrum der evangelischen Akademien bei uns gibt, die sich ja in den letzten eineinhalb Jahren mit einer Fülle von Veranstaltungen zu diesen Themen, die uns heute hier beschäftigen, befaßt haben, und gerade am Wochenende werden wir in Berlin eine sehr umfangreiche Akademietagung der Berliner Akademie zu diesen Fragen haben.

Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstrasse e.V. (ASTAK): Ich denke, ich kann zu verschiedenen Fragen einige Auskünfte geben. Es gab eine Frage nach den Archivmaterialien, die in den einzelnen Institutionen vorhanden sind und nach dem Grad der Aufbereitung dieser Materialien. Für die ASTAK kann ich sagen, daß unser Archiv sehr klein ist, allerdings auch noch völlig oder weitgehend ungeordnet. Es gibt keine Findbücher bei uns. Wir haben keine umfangreichen Dokumente. Es sind zwar Kisten, die in den Kellerräumen lagern mit verschiedensten Sachen, die aber zum großen Teil nicht gesichtet sind, das sind Fotos, das sind irgendwelche Texte, das sind keine Unterlagen, die unter das Stasiunterlagengesetz fallen. Ich kann vielleicht als Randbemerkung sagen, daß kürzlich einige Vertreter der Gauck-Behörde unsere Einrichtung besucht haben und sich die Inhalte unserer Schränke haben zeigen lassen und die Unterlagen mitgenommen haben, von denen sie meinten, sie fielen unter das Stasiunterlagengesetz.

Es gab eine weitere Frage nach der Forschung, nach Kontakten mit der Forschungsabteilung der Gauck-Behörde. Wir haben ungefähr Anfang des Jahres, als die Forschungsabteilung noch nicht bestand, eine Anfrage an die

Gauck-Behörde gerichtet, ob es möglich wäre, gemeinsam zu forschen. Wir bekamen von Herrn Geiger damals die Auskunft, daß sich die Gauck-Behörde das durchaus vorstellen könne, aber die Gauck-Behörde nicht in der Lage sei, Personalmittel zur Verfügung zu stellen. Wir haben an dieser Stelle dann nicht mehr konkret nachgehakt, weil uns dazu auch die personellen Kräfte gefehlt haben. Unsere Arbeit konzentrierte sich bisher vorwiegend auf den Bereich der Ausstellung, den Forschungsbereich haben wir ein bißchen vernachlässigen müssen. Wir haben allerdings Kontakte zum Forschungsverbund „SED- Staat“ an der FU Berlin, dem Herr Wilke auch angehört. Die Teilnehmer an diesem Forschungsverbund treffen sich in ungefähr monatlichen Abständen, und wir nehmen an diesen Treffen auch teil.

Zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen kann ich sagen, es gibt in größeren Abständen Treffen von Dokumentationszentren, Gedenkstätten usw. aus den neuen Bundesländern. An diesen Treffen haben wir bisher auch teilgenommen. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, war ein Treffen in Dresden sowie ein Treffen in Magdeburg. Wir haben ferner in Berlin regelmäßige Kontakte auf der Arbeitsebene mit der Umweltbibliothek, mit der Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus, mit dem Bürgerkomitee 15. Januar, und wir stimmen uns auch ab, was beispielsweise das Thema Sammlung von Dokumenten von Literatur usw. betrifft; dort gibt es eine Arbeitsteilung. Zugang zu den Archiven: Das ist für uns aus zwei Gründen interessant, einmal, um Materialien zu bekommen, die wir für den Bereich unserer Ausstellung nutzen können, da wäre für uns Zugang zum Gauck-Archiv sehr interessant. Zum anderen, für die Forschungsarbeit, die wir hoffentlich demnächst einmal auch beginnen können, wäre es auch wichtig für uns. Aber da dieser Forschungssektor bei uns noch nicht existiert, haben wir da auch noch nicht konkret nachgehakt. Die Gauck-Behörde hat uns freundlicherweise für den Bereich unserer Ausstellung Materialien zur Verfügung gestellt aus den Beständen, und zwar ging es dort um Formulare des Ministeriums für Staatssicherheit. Das war ja eine ordentliche preußisch-deutsche Behörde, und da gab es für alles Mögliche Formulare. Wir haben von der Gauck-Behörde einen dicken Stapel, ich glaube ungefähr 800 Exemplare verschiedenster Arten von Formularen. Inwieweit man die für die Ausstellung nutzen kann, das müssen wir erst noch sichten.

Abschließend zu unserer finanziellen Situation. Nachdem die ASTAK sich gegründet hatte, waren es allein die Vereinsmitglieder, die aktiv gewesen sind. Es war sehr schnell klar, es wird auch Geld gebraucht, wenn man eine Ausstellung machen will, kostet das Geld. Es wurden damals, das war noch zu Zeiten der DDR, die Altparteien alle angeschrieben und um Spenden gebeten. Von einigen dieser Parteien und damals noch existierenden Massenorganisationen kamen auch Spenden, das war in der ersten Zeit sehr hilfreich. Wir bekamen dann später von der Stiftung Kulturfonds einmalig

DM 80.000,-. Wir bekamen einmal im Frühsommer von der Gauck-Behörde DM 100.000,–; daß wir diese DM 100.000,- bekommen haben, geht zurück auf eine Unterstützung Ihres Kollegen, des Abgeordneten Poppe, der die Gauck-Behörde gebeten hatte, unsere Einrichtung doch zu unterstützen. Und wir haben einmal projektgebunden für eine Wanderausstellung, die gegenwärtig in Greifswald gezeigt wird, 100.000,- aus Lottomitteln erhalten. Das klingt jetzt erst einmal sehr viel an Zuwendungen, ist auch eine ganze Menge, das muß ich zugeben. Auf der anderen Seite haben wir auch relativ hohe Ausgaben. Die Räume, die wir dort nutzen können, stehen uns zwar mietfrei zur Verfügung, aber nicht kostenfrei. Dieses ganze Gelände der Stasizentrale fiel ja zunächst unter Treuhandverwaltung und wird jetzt von der Oberfinanzdirektion verwaltet. Wir müssen an die Oberfinanzdirektion monatlich einen Betriebskostenanteil zahlen, der beläuft sich auf 12.000,- pro Monat. Wir haben des weiteren natürlich weitere Unkosten für Reinigung, für Aufsichtspersonal u.ä., d. h. wir haben im Monat rund 25.000,- fixe Kosten, ohne daß wir zusätzliche Aktivitäten entfalten, ohne daß wir ein einziges Plakat drucken, mit dem wir auf unsere Einrichtung aufmerksam machen, ohne daß wir ein einziges Inserat in irgendeiner Zeitung geschaltet haben. Die Situation sieht aber doch noch nicht ganz so schlecht aus. Das Abgeordnetenhaus hat Anfang dieses Monats beschlossen, daß unsere Einrichtung auch weiterhin unterstützt werden soll, so daß unsere Existenz zumindest bis zum Herbst nächsten Jahres gesichert ist. Wir hoffen, daß auch anschließend an diesen Zeitraum es weitere Zuwendungen geben wird.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Dieser Exkurs, meine ich, war ein ganz ganz wichtiger, er setzt aber die Nachfolgenden unter Druck, noch straffer zu antworten. Die oder der nächste bitte.

Dokumentations- und Informationszentrum Torgau, Brigitte Oleschinski: Ich möchte zuerst auf die Frage von Frau von Renesse eingehen, dann auf das, was Herr Fricke gefragt hat, und dann zum Schluß zu Herrn Hansen kommen.

Ich will drei Beispiele erzählen für die Behinderung der Nachforschungen zur NS-Militärjustiz in der Zeit der DDR in Torgau. 1948 hat die VVN, damals noch existierend in beiden Teilen Deutschlands, eine große Umfrage gemacht über alle Haftstätten im Dritten Reich. Die Unterlagen in Torgau kamen schon später zustande als woanders und sind 1950 von der SED aus Torgau abbeordert worden. Sie sind auch aus anderen Orten abgeordert worden mit dem Hinweis darauf, sie sollten zentral gelagert werden und eine zentrale Stelle sei besser in der Lage, mit diesen Akten umzugehen. De facto hieß es aber, daß seitdem von diesen Akten nichts mehr zu hören und nichts mehr zu sehen war.

Ein zweites Beispiel. In den 70er Jahren hat es in Torgau am Gelände der Strafvollzugseinrichtung Skelettfunde gegeben. In diesem Fall hat das

Ministerium für Staatssicherheit die Ermittlungen an sich gezogen, das war selbstverständlich. Aber das Problem der Skelettfunde dort war natürlich, daß man nicht genau entscheiden konnte, sind es Skelette aus der Zeit vor 1945 oder sind es Skelette aus der Zeit nach 1945. Nach den Unterlagen über diese Vorgänge fahnden wir immer noch. Wir haben sie auch in der Gauck-Behörde bisher nicht gefunden.

Ein drittes Beispiel. In den 80er Jahren hat das dortige Kreismuseum immerhin den Versuch unternommen, mit Betroffenen der Wehrmachtsgefängnisse Interviews zu führen und diese Interviews zu dokumentieren. Das hat eine dortige Museologin unternommen. Als sie mit ihrer Arbeit fertig war, also diese Interviews dokumentiert hatte, wurden diese von der Volkspolizei in den Tresor genommen und sie wurde vergattert, über diese Forschung kein Wort mehr verlauten zu lassen. Das also drei Beispiele dafür, daß dort in Torgau der Mantel des Schweigens wirklich ziemlich dicht war.

Herr Fricke fragte, wie wir uns das erklären. Ich denke, es hat drei wesentliche Gründe. Ein Grund ist, daß die Militärjustiz in der Forschung sowohl in West wie auch in Ost ein Defizit gewesen ist und immer noch ist, das ist ja auch erst in den späten 80er Jahren in Westdeutschland wenigstens in Ansätzen überhaupt aufgegriffen worden, die Frage, wie viele Menschen durch die NS-Militärjustiz überhaupt zum Tode verurteilt worden sind durch drakonische Urteile u.ä. mehr. Das Zweite ist, daß Torgau, der Haftort, natürlich weiter genutzt worden ist, d. h. wenn man sich mit der Zeit vor 1945 beschäftigt hätte, hätte man unweigerlich auch den Blick auf die Zeit nach 1945 gelenkt. Das ist in der DDR immer schon ein ganz wichtiger Punkt gewesen, also da darf man nicht dran rühren. Also kümmerte sich da kein Mensch drum, das wurde abgeblockt. Das dritte ist, daß die Fragen, die man an das Forschungsproblem NS-Militärjustiz stellen muß, daß die auf Problemstellungen hinauslaufen, die in der DDR auch nicht sonderlich gefragt waren, denn da geht es ja nicht um einen politisch gebundenen Widerstand, den man mit dem Etikett antifaschistisch versehen könnte, sondern da geht es in vielen Fällen um militärischen Ungehorsam, um Kriegsdienstverweigerung, um Desertion, um Menschlichkeit in bestimmten Situationen, vermischt mit durchaus anderen Problemlagen. Das alles waren Stichworte, die in das Geschichtsbild vom verordneten Antifaschismus in keiner Weise hineingepaßt haben. Ich denke, das sind die Dinge, die wir jetzt direkt sagen können. Ob es da noch in irgendeiner Form wirklich durchgestellte Linien gegeben hat, die gesagt haben, also rührt da nicht dran, laßt die Finger davon, das ist etwas, was wir herausbekommen möchten.

Zur Resonanz vor Ort. Wichtig ist zu sehen, daß die Stadt Torgau, ich sagte es eben schon, da einiges zu tragen hat auch stellvertretend für das gesamte Deutschland und daß sie insofern eine Stadt ist, die man auch nicht alleine lassen darf mit dieser Geschichte. Die Stadtverwaltung unterstützt uns sehr.

Es ist nicht völlig unumstritten, aber man kann sagen, daß die Stadt als Stadt sich große Mühe gibt. Wir haben derzeit mietfrei einen Raum zur Verfügung für ein Büro, was sich zwar noch nicht einrichten läßt, weil die beantragten Mittel beim Land Sachsen noch nicht bewilligt worden sind, vielleicht auch nicht bewilligt werden, aber immerhin die Stadt Torgau tut das ihre in diesem Zusammenhang, und natürlich ist es ein sehr schwieriges, sehr komplexes Feld. Wir haben z. B. festgestellt, daß die einzelnen Opfergruppen, Opfer vor 45, Opfer nach 45, durchaus verständliche Schwierigkeiten haben miteinander zu sprechen. Das ist etwas, was wir in der Arbeit aufzufangen versuchen, soweit das ein Dokumentations- und Informationszentrum im Aufbau, im Planungsstadium, tun kann. Deswegen ist also dieser Versuch, dort ein Gedenkkreuz aufzurichten, das zwar in getrennten Tafeln, aber auf einem Gedenkkreuz beider Opfergruppen nebeneinander gedenkt, schon einmal ein ganz wesentlicher Schritt. Aber das sind Konflikte, denen man sich stellen muß, denen wir uns auch in den verschiedenen Veranstaltungen stellen, wo wir immer wieder sehen, daß diese Kontinuitäts- und Diskontinuitätsfragen einfach ganz ganz wesentlich sind.

Historisches Dokumentationszentrum Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.: Ich möchte gleich anschließen an das zuletzt Gesagte und auf die Frage nach den Geschehnissen im Dritten Reich antworten. Es gibt in Magdeburg bzw. gab auch in den anderen Bezirkshauptstädten beim Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks eine Abteilung, die sich den Verfolgten des Naziregimes widmete und Personalakten aller dieser Leute gesammelt hat; die sind in Magdeburg gesichtet worden. Aus diesen Personalakten ist die Einsicht hervorgegangen, daß die Fragen, die nach 1989/1990 standen, 1945 schon einmal da waren. Ich denke dabei an der Art, wie Vergangenheit versucht wurde zu bewältigen, manche drücken sich drumherum, manche wollen davon nichts mehr wissen, andere kriegen sehr schnell die Kurve wieder in eine andere Richtung. Anhand dieser Fragen ist eine Materialsammlung erstellt worden aus diesen VDN-Personalakten. Sie liegen jetzt im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, und es gibt ein Forschungsprojekt, das anhand der erstellten Dokumentation diese Personalakten aufarbeitet. Da sind die Parallelen ganz deutlich. Daß in sehr vielen Fällen politische Hintergründe bestanden, ist dort auch deutlich geworden, denn manche haben natürlich ihre KZ-Zeit ausgenutzt, um in der DDR zu Amt und Würden zu kommen, obwohl sie wegen krimineller Delikte im Konzentrationslager gewesen sind; da kann man sehr viele Schiebereien sehen. Soweit zu diesem Punkt.

Zur Finanzierung kann ich nur sagen, unsere Arbeitsbeschaffungsmaßnahme läuft aus im Februar nächsten Jahres. Wir haben uns bisher finanziert durch die Erstattung der Sachkosten, die wir vom Arbeitsamt bekommen haben, und wir haben Unterstützung durch den Magistrat Magdeburg, der eben keine Miete und bisher auch noch keine Kostenbeteiligung von uns verlangt.

Zur Vernetzung der Dokumentationszentren ist zu sagen, daß da nicht erst zwei Treffen stattgefunden haben, sondern seit geraumer Zeit monatliche Treffen in Dresden, Berlin und Magdeburg stattfinden. Es sind auch noch Vertreter anderer Dokumentationszentren hier, die dazu etwas sagen können.

Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig: Ich möchte zu zwei Themen, die mehrmals angefragt wurden, etwas sagen, einmal zur Aufarbeitung der Dokumente und dann zu finanziellen Problemen. Was die Historiker interessiert, wir haben es geschafft, unsere Dokumente aufzuarbeiten, unser Rückstand beträgt vielleicht eine Woche. Ansonsten ist durch den Computer jederzeit genau festzustellen, was bei uns da ist und wieweit das gebraucht wird. Was die finanziellen Probleme anbelangt, werden wir subventioniert durch die ABM-Maßnahme. Wir haben zwei Stellen, ansonsten ist nichts Nennenswertes. Wir müssen Miete bezahlen und was dazugehört, und wenn die ABM-Maßnahmen auslaufen, dann hätten wir also auch die 2 Ganztagsstellen nicht. Alles andere läuft ehrenamtlich und ist mit viel Aufwand verbunden. Das Problem, denke ich, stellt sich nicht nur hier in Leipzig. Der Kreis der Engagierten ist sehr klein, und man macht nicht nur in einem Verein und nicht nur bei einer Sache mit, sondern mehreres gleichzeitig. Um so dringender wird die Absicherung der Arbeit, wenn die ABM-Maßnahmen auslaufen. Was den Schutz der Archivalien anbelangt, was ja Prof. Weber angefragt hat, wir können den richtigen Schutz gar nicht finanzieren. Wir verhalten uns so, daß gar nicht alle Dokumente im Archiv liegen, denn wenn eingebrochen wird, wenn es da brennt oder so, können wir sie nicht so schützen. Wir sind im Erdgeschoß. Also wir werden auch nicht drüber reden, wo die Akten liegen, aber sie sind einzusehen. Auf solche Methoden müssen wir jetzt zurückgreifen.

Vorsitzender Eppelmann: Herzlichen Dank. Noch sieben Frager. Als nächster Dr. Schmieder, dann Herr Prof. Soell, dann Frau Barbe.

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Ich möchte zwei Fragen stellen an die Vertreter der Gruppen, die sich vorrangig mit der Aufarbeitung der Stasi-Hinterlassenschaft beschäftigen, und zwar vor allen Dingen meine ich die beiden Leipziger Bürgerkomiteegruppen. Wie beurteilen Sie im nachhinein die Beschlüsse des Runden Tisches während der Modrow-Zeit zur Vernichtung des zentralen Datenspeichers zum einen, und zum anderen, zur Vernichtung der Unterlagen der Hauptabteilung Aufklärung: Finden sich unter Umständen in Leipzig noch verwertbare Materialien? Und dann eine ganz pragmatische Frage: Finden sich in Ihren Unterlagen Hinweise darauf, daß Fragmente des zentralen Datenspeichers unter Umständen in der Hinterlassenschaft der Sonderabteilung K1 der Kriminalpolizei sich befinden könnten?

Abg. Frau Barbe (SPD): Ich möchte ganz kurz auf die Finanzierungsfragen eingehen. Ich finde es ganz wichtig, daß von den einzelnen Gruppierungen ganz deutlich gesagt wird, wo ihre Schwierigkeiten liegen. Vielfach wird auf die Länder verwiesen und gesagt, Verfassungsaufgabe der Länder, dabei ist

sie ein gesamtdeutsches Problem. Deshalb müssen noch einmal von allen wirklich hier auch die Finanzierungsschwierigkeiten genannt werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für uns, weil wir ja politische Schlußfolgerungen ziehen wollen. Und der zweite Punkt: Das betrifft eine Anhörung Anfang Dezember, da wird es eine Opferanhörung geben, und zur Vorbereitung dieser Tagung brauchte ich auch von allen, die heute schon hier sind, weil wir in den nächsten Wochen darüber beraten müssen, auch noch einmal Hinweise darauf, welche Probleme gibt es beim Verwaltungsunrecht. Denn es ist leider nicht so wie Heiko Lietz gesagt hat, wir hoffen, daß es positiv ausgeht im zweiten Unrechtsbereinigungsgesetz. Ich sehe große Schwierigkeiten, wenn es um die Finanzierungsfragen geht. Sollte man z. B. nur sagen, wie ist das mit Leuten, die nicht studieren konnten, die jetzt noch studieren wollen: BAföG-Erweiterung? Nur ein Punkt, da wird das Problem schon ganz groß. Wir brauchten dringend noch einmal von allen auch Hinweise darauf, welche generellen Probleme beim Verwaltungsunrecht anstehen, so daß wir sie sammeln können in den nächsten 14 Tagen, um diese Vorarbeit zu leisten.

Abg. Professor Dr. Soell (SPD): Ich wollte Herrn Heidingsfeld noch einmal fragen, weshalb das Buch von Besier und Wolf über Kirche und Stasi eigentlich mit soviel Reserve bis hin zur Ablehnung in Kreisen der EKD aufgenommen worden und weshalb eigentlich der Auftrag an die Kommission für Kirchliche Zeitgeschichte relativ spät erfolgt ist. Gab es politische Widerstände in der EKD-Spitze, oder gab es Probleme in der Kommission selber, die sich ja nun überwiegend mit dem, was Nationalsozialismus und unmittelbare Nachkriegszeit gewesen ist, bisher beschäftigt hat, und diesen Auftrag zunächst als ungewöhnlichen Auftrag empfunden hat? So meine Frage.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Schon nach den ersten sieben Darstellungen ist man beeindruckt von der Vielfalt der Initiativen, aber natürlich auch etwas verwirrt über diese Vielfalt. Man sieht, daß viele ähnliche Aufgaben erfüllen. Gibt es bei Ihnen, sind bei Ihnen Verfahren entwickelt worden, daß Sie einerseits keine Doppelarbeit betreiben, andererseits Erfahrungen von Nachbargruppen oder Schwestergruppen oder Brudergruppen, wie man da sagen will, verwerten können? Gibt es eine Art Dachverband, der diese ganzen Initiativen zusammenfaßt und vielleicht dort eine Verallgemeinerung der Erfahrungen ermöglicht? Wenn nicht, dann möchte ich das hiermit anregen. Und als erstes müßte wohl auch ein Verzeichnis, ein Katalog aller dieser Initiativen erstellt werden, wobei ich gleich davor warnen möchte, daß wir die hier abgelieferten Papiere zur Grundlage nehmen, das ist nämlich viel zu umfangreich. Es müßte ein knapper Katalog sein, wo jede Initiative mit etwa 15 Zeilen vorgestellt wird, damit man sich ein plastisches Bild von dem jeweils eigenen Profil machen kann.

Sv. Prof. em. Dr. Herbert Wolf: Meine Überlegungen gehen in ähnliche

Richtung, und zwar ausgehend von der Feststellung, alte Täter befänden sich in neuen Schlüsselpositionen zum Teil in der Regierung, Wirtschaft usw. Die Reaktion zeigt, daß das doch offenbar nicht nur eine vereinzelte Feststellung ist, und man kann das doch irgendwie nicht in diffusem Unbehagen verbleiben lassen. Ich deute das so, da sind schuldig Gewordene oder höchstwahrscheinlich schuldig Gewordene, die sind nun nicht irgendwo, sondern an Schaltstellen von neuen gesellschaftlichen Machtstrukturen tätig. Meine Frage oder Bitte oder Anregung: Kann man nicht, da hier sehr viele, wenn auch noch nicht alle, Organisationen vertreten sind, die sich mit Aufarbeitung befassen, die Anregung geben, Informationen beim Sekretariat unserer Kommission zu zentralisieren, wo sich solche Fälle konkret abzeichnen, wer, wie, was zu veranlassen sei. Der Auftrag unserer Kommission heißt ja nicht nur Geschichte, sondern auch Folgen, und von unseren 6 Themengruppen sind mindestens 1 und 3 einschlägig, und sogar bei 6 heißt es Fortwirken von Strukturen und Mechanismen von Diktatur, d. h. an Informationen dieser Art müßten wir interessiert sein, aber mit konkreten Namen und Adressen. Mein Vorschlag also, ob man so etwas einrichten könne oder solle? Dann würde man schon vielleicht ein etwas klareres Bild bekommen und vielleicht manche Dinge in Gang bringen, die eben bisher nur so ganz allgemeines Unbehagen auslösen. Danke schön.

Abg. Dr. Jork (CDU/CSU): Herr Lietz schloß seinen Vortrag mit einem Appell an die Politik. Ich sehe da eine Verbindung zu dem, was wir gestern berieten. Meine Frage: Haben Sie, und das gilt auch an andere bitte, geprüft, wo die Politik leistungsfähig oder leistungsfähiger werden muß und wo die Justiz bei jetziger Rechtslage nicht ausreichend leistungsfähig sein kann, so daß Sie uns als Abgeordneten Schulaufgaben mitgeben?

Sv. Martin-Michael Passauer: Meine Frage ist ähnlich wie die von Dr. Jork, bloß ein bißchen vor einem anderen Hintergrund. Heiko Lietz hat gesagt, die Hauptaufgabe bestehe darin, die Interessen der Betroffenen zu wahren. Meine Frage richtet sich nochmal auf diese Interessen der Betroffenen. Sind das ausgesprochenermaßen justitielle Interessen, d. h. also gerichtet auf eine justitielle Aufarbeitung, oder stecken dahinter auch andere Interessen? Dies würde ich gerne noch einmal genauer wissen, und dann möchte ich gerne wissen, was ihr selber tut als Komitee, um die offenen Probleme, die ihr selber genannt habt, zu lösen. Also z. B. den ersten Punkt, das Problem der Nachvollziehbarkeit von Vertretern aus den alten Bundesländern. Aber auch eine Frage an alle anderen, es war ja vorher schon ein bißchen mit der Lehrerin in dem Casino angedeutet worden: Welche Form der politisch-moralischen Aufarbeitung haben Sie bisher in Ihren Gruppen angedacht oder sehen Sie, die Sie uns auch als eine Hilfestellung oder als eine Bitte zur Weiterarbeit mit auf den Weg geben?

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich würde gerne auch

noch einmal auf die ganz praktischen Dinge eingehen. Wieweit gibt es eigentlich Verbindung mit dem Bundesinnenministerium, ich meine also jetzt Projektförderungen, und wieweit gibt es Verbindungen mit der Bundeszentrale für politische Bildung, auch Projektförderungsmöglichkeiten bestehen da, wieweit gibt es Verbindungen zu den Universitäten, also die Frage, könnten Sie sich vorstellen, daß, ich glaube hier speziell das Leipziger Institut z. B. an die Leipziger Universität irgendwie angeschlossen werden könnte? Das sind also alles Fragen, die jetzt sicher die Kollegen, die im Bundesinnenausschuß sind, gerne mit in ihre Obhut nehmen würden, weil wir doch so manche Vermittlung herstellen können. Ich glaube Herr Dr. Schmieder von der F.D.P. und ich, wir wären gern bereit zu helfen, wenn Sie direkt Kontakt mit uns aufnehmen würden.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Die Anmerkung von Frau Wisniewski veranlaßt mich zunächst zu einem Hinweis. Das Ost-West-Kolleg in Köln der Bundeszentrale für politische Bildung bereitet eine größere Tagung zur sogenannten Vergangenheitsbewältigung in Deutschland, sag ich einmal etwas weiter ausholend, vor. Im Moment sind die Diskussionen dahingehend, ob man die alten Kämpen der DDR- und der Deutschlandforschung hier einbeziehen soll, ober ob man nicht stärker in die neuen Bundesländer ausgreift. Herr Mitter und einige andere von uns wissen, daß ich sehr dafür plädiere, daß der letztere Schwerpunkt gesetzt wird, und ich werde also auch nach der Tagung heute noch einmal einige Adressen nach Köln weitergeben. Inwieweit die dann aufgenommen werden, wird man sehen, aber ich halte es für wichtig, daß hier im Blick auf diese Gruppierungen eine größere Öffentlichkeit hergestellt wird.

Meine eigentliche Frage oder mein eigentliches Problem, noch mal generell an die, die bisher gesprochen haben, es zielt so ein bißchen in die Richtung: Wie viele Mitglieder haben Sie eigentlich? Wie viele Mitarbeiter? Mein Eindruck, aus dem Hessischen gesehen, mit etwas Distanz, daß die Zahl wohl sehr gering ist. Sie haben eben gesagt, der Kreis der Engagierten sei sehr klein. Mich würde interessieren, muß man daraus schließen, daß in der hiesigen Bevölkerung, ich meine also, in der Bevölkerung der neuen Bundesländer, das Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit geringer wird?

Abg. Frhr. von Schorlemer(CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich möchte nicht mit einer Frage anschließen, sondern ich möchte noch mal zurückgreifen auf die Fragestellung von Frau Professor Wisniewski. Die Frage lautete ja, welche Möglichkeiten bestehen für die Leipziger Gruppen, auf die Uni zuzugehen. Und hier möchte ich also mit der Information, die ich habe, nicht hinterm Berg halten. Ich habe also Hinweise darauf, daß der Personalchef der Leipziger Uni nach dem Tag der Deutschen Einheit, also im Oktober 90, eine Anweisung aus dem Vorjahre verwirklicht hat und praktisch Anweisung gegeben hat, daß allen

Beschäftigten dort Gelegenheit gegeben werden soll, die Personalakten zu bereinigen.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Viele der Damen und Herren, die hier sitzen, haben zu recht beklagt, ich betone, aus meiner Sicht zu recht geklagt, daß auch die Aufarbeitung der Vergangenheit in den westdeutschen Bundesländern nicht die Rolle spielt, die sie spielen müßte. Wir haben das Thema auch gestern schon einmal gehabt. Meine Frage, vielleicht kann das der eine oder andere beantworten: Inwieweit haben Sie Verbindung mit den jetzt neu aufgebauten Landeszentralen für politische Bildung und damit auch der Bundeszentrale für politische Bildung, so daß Ihre Arbeit in der politischen Bildungsarbeit hier, aber auch in den westdeutschen Bundesländern aufgenommen wird? Wieweit haben Sie also versucht, aus der Isolierung herauszukommen, um in dieses Netz der politischen Bildungsarbeit, wie wir es in der Bundesrepublik Deutschland haben, aufgenommen zu werden?

Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig: Ich gehe ein auf die Frage der politischen Bildung, die verschiedenen Zentralen. Wir haben in Sachsen nun endlich die Bestimmung für die Förderung, Projektförderung und Sockelförderung. Für unser Archiv müßte es eine Sockelförderung sein. Die ist aber gar nicht möglich, weil es gar nicht vorgesehen ist, solch ein Archiv wie das unsrige zu fördern. Wir haben also gar keine Chance, auf dem Wege zu Geld zu kommen. Und was die Zahl der Engagierten anbelangt: Ich denke, daß die Zahl sich nicht stark verändert hat, daß der Kreis immer klein gewesen ist derer, die sich wirklich engagiert haben, auch um zu forschen, herauszubekommen, wie war es wirklich, wie sind die Strukturen gewesen, um die Verantwortlichkeiten klarzustellen. Ich denke, da kann man nicht sagen, 1990 war es anders als 1992.

Historisches Dokumentationszentrum Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.: Das gleiche kann ich bestätigen für Magdeburg. Wir haben eine geringe Mitgliederzahl von 25 Personen, alle, fast alle, im Berufstätigenalter und auch noch berufstätig bis auf wenige. Zwei oder drei sind es insgesamt, die nicht berufstätig sind, die sich also ganztägig für diese politische Arbeit zur Verfügung stellen können. Die anderen machen das nach Feierabend und ehrenamtlich. Das ist die eine Seite. Die zweite Sache ist, die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung wird erst jetzt langsam anlaufen, etwas zähflüssig, wahrscheinlich etwas über den Hinterweg, nämlich über Niedersachsen. Wir sind mit denen in Kontakt getreten und haben jetzt schon etwas nähere Informationen über die weitere Zusammenarbeit gefunden.

Dokumentations- und Informationszentrum Torgau, Brigitte Oleschinski: Ich möchte einmal kurz auf das Stichwort „Doppelarbeit“ eingehen. Es gibt eine ganze Reihe von Versuchen, die verschiedenen Initiativen zusammenzuführen. In Torgau haben wir z. B. im Mai eine Anregung aus Buchenwald fortgesetzt, daß die Initiativen, die sich mit den Speziallagern beschäftigen,

zusammenkommen. Es gibt die Stasi-Gedenkstättentreffen. Wir machen in Torgau im kommenden Jahr ein bundesweites Gedenkstättentreffen, im Juni. Es gibt hier in Leipzig, man muß ja doch vielleicht noch mal daran erinnern, das Forum zur Aufklärung und Erneuerung, in dem sich also doch auch eine ganze Reihe von Initiativen zusammengeschlossen haben. Wir machen jetzt auch am Wochenende hier in Leipzig einen Kongreß, der sich mit dem Stichwort Staatskriminalität, so eine Art Bestandsaufnahme, beschäftigt. Aber, alle diese Versuche, Gruppen zusammenzuführen, vielfältige Kontakte herzustellen, ersetzen natürlich nicht das, was auch gestern mehrfach anklang, also eine solide, wissenschaftliche Forschung, die an irgendeinem Punkte auch einigermaßen konzentriert ist, sei es in Berlin, sei es in Potsdam, das viel besprochene, viel gewünschte Institut für Zeitgeschichte zur DDR-Geschichte. Das zweite ist, daß, gerade hier im Lande Sachsen es große Probleme gibt, die eben schon angesprochene Sockelförderung für Institutionen und Gedenkstätten herzustellen. Die Projektförderung ist ja gar nicht das Problem, also Projekte kann man hier und da und dort immer wieder fördern lassen. Dann kommt auch einiges an Geld herein. Aber wenn man keine Institution hat, die wenigstens mit ein oder zwei oder drei oder je nachdem, wieviel notwendig sind, Kräften das laufende Archiv verwaltet, die laufende Korrespondenz erledigt usw., dann nützen diese ganzen Projektmittel herzlich wenig. Also, es ist wirklich erstaunlich, wenn Sie sich umgucken, und die Enquete-Kommission wird es ja jetzt auch sehen, es ist wirklich erstaunlich, was unter diesen, absolut schmählichen Bedingungen von diesen ganzen Institutionen bisher bereits geleistet worden ist. Aber, das kann ich dann also nur wieder als Appell dann auch formulieren, diese Institutionen brauchen eine Grundausstattung, die einigermaßen sicher ist, sonst können sie nicht arbeiten. Gut. Das ist also der dringende Appell, den ich hier noch mal und noch mal und noch mal wiederholen kann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Er hat ja Unterstützung gefunden. Ich hoffe, nachher auch in der Realität.

Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus in Mecklenburg-Vorpommern, Heiko Lietz: Die Bereiche der beruflichen und der verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung sind im Einigungsvertrag nicht vorgesehen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn diese Leute nicht das Gefühl haben sollen, daß sie aufgrund einer unverantwortlichen Verkürzung im Einigungsvertrag einfach durch das Sieb fallen. Das sind einzelne, menschliche Schicksale, auch im Bereich der beruflichen Rehabilitierung. Und das kann man nicht einfach übergehen mit dem Argument, es komme im Einigungsvertrag nicht vor, deswegen könne man ein bißchen locker damit umgehen. Jede Enttäuschung schlägt sich politisch nieder in der Verunsicherung des politischen, inneren Friedens. Ich möchte diese Beziehung noch mal ganz deutlich machen, daß in der Summe der Betroffenen, sozusagen, ein kritisches Potential

von unheimlichem Frust entsteht, gerade in den neuen Bundesländern, wo Demokratie ja noch nicht stabil ist, sondern wo sie aufgebaut werden muß. Von daher denke ich, Sie als Politiker haben da, müßten da unwahrscheinlich sensibel sein, daß Sie das nicht so einfach übergehen. Es gibt ja inzwischen einen Referentenentwurf, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, vom Bundesinnenministerium, für diese beiden Bereiche, und ich will Sie dringlich bitten, diesen Referentenentwurf zur Kenntnis zu nehmen und intensiv voranzutreiben. Ich denke, daß diese Dinge von Ihnen ganz ernst genommen werden müssen. Ich appelliere dringend an Sie als Vertreter dieser Gruppen, die selber kein Sprachrohr haben. Was das Interesse oder das Nachlassen des Interesses an der Aufarbeitung der Vergangenheit betrifft, es sind in diesen zwei Jahren schon so viele neue Probleme aufgekommen, die, sozusagen, die Vergangenheit der DDR überlagert haben. Mecklenburg-Vorpommern: faktische Arbeitslosigkeit von 50%, jeder Zweite nur hat einen festen Arbeitsplatz. Da kann man sich den Luxus einer Vergangenheitsaufarbeitung kaum noch leisten. Sie ist fast akademisch geworden. Selbst ich, der ich, sozusagen, ganz engagiert seit zwei Jahren das betreibe, habe das Gefühl, ich kann mir eigentlich die Zeit nicht mehr dafür nehmen, während, sozusagen, in Mecklenburg die Asylheime brennen. Da ist es dann ja natürlich jetzt verfehlt, Artikel 16 zu ändern, sondern die Probleme liegen anders, bloß um Sie nicht gleich auf die falsche Fährte zu setzen. Und das Dritte, was die Information über Altlasten betrifft, was Sie angeregt haben. Ich denke, das wäre gut, wenn hier von Bundesseite aus das Angebot käme, Leute, wo Name und Adresse nachweisbar ist, an einer zentralen Stelle zu melden, damit damit politisch umgegangen werden kann. Ansonsten sagen viele: Es ist doch nicht zu fassen, nach 2 Jahren sitzen diejenigen, die uns damals gekantet haben, wieder da und kanten uns neu aus den Betrieben, nicht? Und dies ist politisch auch ein ganz großes Problem, und ich bitte Sie auch dringend, diese Dinge wirklich nicht nur in Ihrem Herzen zu bewegen, sondern in Ihre politische Konzeption umzusetzen.

Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße e.V. (ASTAK): Ich will nur auf zwei Fragen kurz eingehen. Frau Dr. Wilms hatte gefragt nach Zusammenarbeit mit der Landes- oder Bundeszentrale für politische Bildung. Da gibt es, was unsere Institution betrifft, eine sehr gute Zusammenarbeit. Wir erhalten sehr viel Unterstützung von der Landeszentrale. Das betrifft beispielsweise Bücher, die wir in den Bestand unserer Bibliothek hereinnehmen können. Das betrifft aber auch nichtmaterielle Unterstützung, in Form von Hinweisen für die Organisation der Arbeit und ähnliches. Ich möchte dann noch kurz auf die Frage von Frau Barbe zurückkommen, ob die Sicherstellung der Arbeit der ganzen Initiativen, die heute auch hier anwesend sind, nicht auch Aufgabe des Bundes ist. Und ich bin der Meinung, daß darüber doch wirklich noch einmal nachgedacht werden muß. Sicherlich muß man das auch differenzieren. Es gibt sicherlich Initiativen, die nur eine lokale oder regionale Bedeutung und

Ausstrahlung haben, aber es gibt halt auch eine Reihe von Initiativen, Gedenkstätten, die eine überregionale Bedeutung haben. Wir haben das gehört von Besuchergruppen, die teilweise aus dem Ausland kommen oder zumindest aus den alten Bundesländern angereist kommen. Und ich denke, dort wäre auch der Bund in der Pflicht zu überlegen, wie Rahmenbedingungen geschaffen werden können, daß diese Gedenkstätten und Initiativen weiterarbeiten können.

Bürgerkomitee Leipzig – Museum in der Runden Ecke –: Zwei Dinge. Erstens, das Problem: Löschung der Datenspeicher. Wir haben damals sehr kontrovers diskutiert im Bürgerkomitee, ob der Entschluß des Runden Tisches, diese elektronischen Datenspeicher zu löschen, richtig sei. Wir sind auch jetzt darüber noch nicht einig. Ich will Ihnen nur zwei Stichpunkte dazu nennen. Das eine ist, der elektronische Zugriff wurde nach meinem Eindruck zurecht von Datenschützern heftig diskutiert, d. h. es wäre eben schwierig gewesen, wenn diese Datenträger erhalten geblieben wären, sie so zu nutzen. Das andere ist natürlich, man muß deutlich sehen, daß der Zugang zu dem Finanzprojekt beim MfS einen unwahrscheinlichen Fortschritt gebracht hat, bei der Aufklärung der Strukturen des MFS auch ganz deutlich. Ich glaube, diese beiden Stichworte genügen. Was allerdings für mich jetzt interessant ist, und ich habe es vorhin schon angeschnitten, ich wäre natürlich froh, wenn man die Diskussion, wie frühere Entscheidungsträger weiterbeschäftigt werden, auch unter dem Gesichtspunkt Nationale Volksarmee noch einmal aufnähme. Das interessiert mich brennend, und ich glaube, es ist eine Stelle, wo wir auch konkret werden könnten hier am Tisch.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Völlig zurecht weist Professor Soell darauf hin, daß seine Frage, die er an den Vertreter der evangelischen Kirche gestellt hat, noch keine Möglichkeit hatte, beantwortet zu werden.

Evangelische Kirche in Deutschland, Oberkirchenrat Heidingsfeld: Sie hatten zwei Fragen gestellt. Die erste zu dem Besierbuch und der reservierten Aufnahme in der EKD. Insgesamt war die Aufnahme natürlich sehr bunt, aber es hat in der Tat reservierte Aufnahmen gegeben, die sich an zwei Aspekten besonders und, wie ich denke, auch zurecht festgemacht haben. Erstens, der Kumpaneivorwurf in der Einleitung von Besier und Wolf gegenüber den Kirchen in der früheren DDR und zweitens, die wissenschaftlich nicht sehr saubere Art des Umgangs mit den Quellentexten, also nicht die präzise Belegung, wo man das jeweilige Dokument verifizieren und nachlesen könnte. Das hat vor allem dazu geführt zu sagen, das ist nicht die Art und Weise, wie wir uns den Umgang mit diesem schwierigen Gebiet vorstellen. Besier hat gesagt, seit dem 03. Oktober 90 unter den neuen Bedingungen, die ja dann noch mal verstärkt worden sind durch das Stasiunterlagengesetz, sei es ihm zunächst mal nicht möglich gewesen, das, was er vorher mit seinen Mitarbeitern eingesehen hatte, dann sozusagen noch einmal zu verorten. Das war sein Einwand gegen die Einwände, die in dem zweiten Punkt kamen.

Ich halte trotzdem das Petitum aufrecht. Es ist bis heute nicht möglich, die von Besier veröffentlichten Quellentexte sozusagen wieder aufzufinden, wenn man gerne nachsehen möchte, ob der Wortlaut stimmt, wie er wiedergegeben worden ist. Das Zweite, die Frage, ob es politische oder grundsätzliche Widerstände gegeben hat im Blick auf die mehr wissenschaftliche, systematische Aufarbeitung. Das muß ich verneinen. Hat es nicht gegeben. Es hat allerdings Überlegungen gegeben, ob die Arbeitsgemeinschaft der Kirche zur Zeitgeschichte in ihrer Zusammensetzung und Arbeitsweise tatsächlich schnell in der Lage sein wird, darauf zu reagieren. Das haben Sie selber zu einem Teil ja schon mit dargestellt. Die hat ja einen ganz anderen Arbeitsschwerpunkt bislang gehabt, wird jetzt auf diesem neuen Arbeitsschwerpunkt mit einsteigen. Bedeutet aber personell und strukturell und in den sonstigen Überlegungen doch eine ziemliche Veränderung. Und es war natürlich auch die Frage, soll man es gleich auf diese hohe, wissenschaftliche Ebene heben, oder braucht man nicht etwas schneller auch etwas mehr für den täglichen Gebrauch abzielende Publikationen. Und die andere Überlegung: Müßten nicht diejenigen, die sozusagen unmittelbar dran und betroffen sind, die Gelegenheit haben, sich zu diesen Fragen zu äußern? Im Resultat hat es eben dazu geführt, daß einerseits, wie ich sagte, die Arbeitsgemeinschaft das machen wird, andererseits es aber auch eine Arbeitsgruppe geben wird aus der früheren Konferenz der Kirchenleitungen und was damit zusammenhängt, um sich diesen Dingen zuzuwenden.

Vorsitzender Eppelmann: Herzlichen Dank. In besonderer Weise den sieben Initiativen, die sich hier vorgestellt haben und zu Rückfragen bereit gewesen sind. Wir treten jetzt in eine ganz kurze Pause ein.

Wie angekündigt, möchte ich gerne mit der Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität beginnen. Bitteschön.

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat, Frau Sasse: Mein Name ist Sasse, ich bin Studentin an der Universität. Ich würde gern etwas zur Arbeitsweise der Gruppe sagen. Die ist sicherlich einfacher als die Arbeitsweise von Bürgerkomitees oder von sehr allgemeinen Einrichtungen, weil die Universität doch ein sehr in sich geschlossenes System ist. Es ist überschaubar und eine Reihe der Leute, die zu befragen wären, sind noch an der Universität. Seit 1990 existieren an der Humboldt-Universität eine Ehrenkommission und eine Rehabilitierungskommission. Die Ehrenkommission arbeitet auf Antrag einzelner Kommissionen oder auf Antrag universitärer Institutionen und führt primär Gespräche mit Personen, über die ein Endbescheid der Gauckbehörde vorliegt. Die Rehabilitierungskommission funktioniert etwas anders. Sie arbeitet auf Antrag der Betroffenen. Hier werden politisch und wissenschaftlich benachteiligte Angehörige oder ehemalige Studierende der Universität gehört. Bisher gab es 200 Gespräche in der Rehabilitierungskommission. Aber, man-